

IUF Pressemitteilung, 30. Oktober 2009

EU Emissionsrechtehandel

Deutsche Steuerzahler mit bis zu € 6,6 Mrd. belastet

Während die EU Staats- und Regierungschefs in Brüssel über die Klimapolitik der EU debattieren, schätzt die „TaxPayers' Alliance“ in London in ihrem heute veröffentlichten Bericht die Kosten allein für den EU Emissionsrechtehandel (ETS) auf über € 93 Milliarden. Fazit: Einkommensschwache Familien werden durch das ETS unverhältnismäßig stark belastet.

So schätzt die TaxPayers' Alliance in ihrer Untersuchung die Kosten für europäische Endverbraucher aus dem Emissionsrechtehandel seit seiner Einführung 2005 bis Ende letzten Jahres (2008) auf € 93 Mrd. Hierzu kommen noch die Kosten für Unternehmen, die nicht direkt an die Konsumenten durchgereicht werden können, sich aber als volkswirtschaftliche Kosten bemerkbar machen. Allein im Jahre 2008 seien so für die deutschen Endverbraucher Kosten in Höhe von € 6,6 Mrd. entstanden. Das bedeutet ca. € 82 pro Kopf und knapp € 330 für eine vierköpfige Familie.

Der Autor der Untersuchung, Matthew Sinclair, Research Director der TaxPayers' Alliance in London äußert sich zum EU ETS:

"Der EU Emissionsrechtehandel hat es nicht geschafft, den Preis für Kohlendioxid ausstoß zu stabilisieren. Daher ergeben sich für die Endverbraucher unvorhersehbare Zusatzkosten. Während europäische Produzenten bereits länger dem starken Wettbewerbsdruck aufsteigender Industrienationen wie Indien oder China ausgesetzt sind, können sie weitere Zusatzkosten kaum verkraften. Die daraus resultierende Abwanderung ins Ausland trägt jedoch kaum zur Reduzierung der Emissionen bei - allerdings zu weniger Arbeitsplätzen in Europa. Der EU Emissionsrechtehandel war ein teurer Misserfolg und gehört abgeschafft."

Wolfgang Müller, Geschäftsführer des Berliner Instituts für Unternehmerische Freiheit, geht noch einen Schritt weiter und hinterfragt die Logik und die wissenschaftliche Grundlage des ETS:

"Der Emissionsrechtehandel der EU basiert einzig auf der Prämisse des menschengemachten Klimawandels und übersieht, dass die wissenschaftliche Grundlage des Klimawandels noch immer heftig umstritten ist. Aber selbst unter der Annahme, dass der Mensch tatsächlich eine signifikante Rolle beim Klimawandel spielt, ist das noch lange kein Beleg dafür, dass die Ausgaben im Rahmen des Emissionsrechtehandels ein sachlich gerechtfertigter und effizienter Hebel sind."

Das IUF veranstaltet am 04. Dezember 2009 eine Internationale Klimakonferenz in Berlin

Pressekontakt:

Wolfgang Müller, Institut für Unternehmerische Freiheit 030 6920 80030

Matthew Sinclair, The TaxPayers' Alliance, London +44 845 330 9554 oder +44 7795 084 113
www.taxpayersalliance.com

Das Institut für Unternehmerische Freiheit (IUF) ist Deutschlands Free Market Think Tank und wird ausschließlich von privaten Sponsoren gefördert und finanziert

Email: info@iuf-berlin.org - www.iuf-berlin.org